



Sozialdemokratische Partei Deutschland

Fraktion der SPD Gettorf

Gettorf, 07.04.2015

1.

Herrn Bürgermeister
der Gemeinde Gettorf
Jürgen Baasch
Karl-Kolbe-Platz 1
24214 Gettorf

2.

Herrn Amtsdirektor
des Amtes Dänischer Wohld
Matthias Meins
Karl-Kolbe-Platz 1
24214 Gettorf

Antrag der SPD- Fraktion Errichtung eines stationären Hospizes

Für die SPD Fraktion beantrage ich einleitende Schritte zur Errichtung eines „Hospizes Im Wohld und Umgegend“.

Mehr als zwei Jahre ambulanter Hospiz- und Palliativversorgung durch den *Hospizverein Dänischer Wohld – Menschen begleiten e. V.* haben im Ergebnis die exzellente Betreuung und Versorgung betroffener Bürgerinnen und Bürger gezeigt. Jetzt gilt es, die Versorgung mit Palliativmedizin weiter zu fördern.

Neben der ambulanten Versorgung soll durch diesen Initialantrag das Thema stationäre Versorgung nachhaltig thematisiert und eine stationäre Einrichtung im Dänischen Wohld, unter Beteiligung der amtsangehörigen und angrenzenden Gemeinden eingerichtet werden. Die mittelbare Vergangenheit hat gezeigt, dass die Krankenhäuser Patienten in die ambulanten Sektoren verlagern, stationäre Betten in der Versorgung durch Palliativmedizin fehlen.

Beschlussempfehlung:

- Die Willensbekundung zur Errichtung eines Hospizes, in einer angestrebten Planungsgröße von 10 stationären Betten, möge im ersten Schritt als Empfehlung durch die Gemeindevertretung Gettorf beschlossen werden.
- In einem zweiten Schritt möge eine Beschlusslage durch den Amtsausschuss des Amtes Dänischer Wohld erwirkt werden.



Sozialdemokratische Partei Deutschland

Fraktion der SPD Gettorf

- Zeitgleich mögen Amtsdirektor, Bürgermeister und Amtsvorsteher Gespräche mit den Bürgermeistern und Amtsvorstehern / Amtsdirektoren führen und für die Errichtung werben. Das Einzugsgebiet soll von Kiel Nord bis Eckernförde reichen und ist in die Entscheidungsfindung mit ein zu beziehen.
- Parallel soll die Maßnahme mit allen Beteiligten in einer Lenkungsgruppe begleitet werden.
- Die Verwaltung wird gebeten Finanzierungsmöglichkeiten zu validieren. Investitionskosten sollen gemeinsam von allen Ämtern getragen, Stiftungsgelder beworben und ggf. geeignete Gebäude gesichtet werden.

Gerhard Witte